

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Refajanska 16 • Teleph. : 26793, 31469, Nachredakt. (ab 21 Uhr) : 33536 • Postamt : 37544

13. Jahrgang.

Mittwoch, 12 Juli 1933

Nr. 160.

Frankreich bleibt in der Weltwirtschaftskonferenz.

London, 11. Juli. Die Londoner Konferenz war heute sehr reger. Nicht weniger als sechs Sitzungen fanden hinter verschlossenen Türen statt. Außer dem Präsidium und dem Redaktionsausschusse der Finanzkommission traten auch die Unterausschüsse für Wirtschaftsfragen, für den indirekten Protektionismus, für die Handelspolitik und für die Koordinierung der Produktion zusammen. Die Gerüchte, daß die französische Delegation angekündigt habe, die Konferenz zu verlassen, sind von amtlicher Seite dementiert worden. Der amerikanische Delegierte Pittman erklärte in einem Interview mit dem Vertreter des Reutersbüros, daß die Gerüchte über ein Einberufen in der Silberfrage verfrüht seien. Pittman fügte hinzu, man sei nur zu einem vorläufigen Uebereinkommen gelangt, das noch einer letzten Revision bedürfe, bevor es in einem definitiven Abkommen formuliert werden kann. Das Abkommen über eine Herabsetzung des Silberverkaufs soll zwischen Indien, China und Spanien als den Ländern mit großen Silbervorräten und den Vereinigten Staaten, Kanada, Bolivien, Peru und Mexiko als den Silberproduzierenden Ländern abgeschlossen werden.

Rußlands Forderungen an die Weltwirtschaftskonferenz.

London, 11. Juli. Die Sowjetdelegation der Weltwirtschaftskonferenz hat ein Memorandum vorgelegt, in dem beantragt wird, daß auf die Loslösung der weiteren Konferenzarbeiten unabhängig von etwaigen noch zu fassenden Beschlüssen folgende Punkte gesetzt werden: Vereinbarung eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes, ein Abkommen über die Erweiterung der Importmöglichkeiten in mehrere Länder und Feststellung der Umstände, unter denen eine Erweiterung des Importes möglich wäre. In dem Memorandum sind auch Anspielungen auf die Möglichkeit der Erhöhung des Sowjetimportes unter gewissen Umständen enthalten.

Weltwirtschaftskonferenz wird vertagt.

Paris, 11. Juli. Die Londoner Konferenz-Berichterstatter teilen mit Befriedigung mit, daß die französische These in London gefiegt habe: die Konferenz wird sich in einigen Tagen bis Oktober vertagen, wodurch auch sämtliche bedeutende Fragen verschoben werden.

Oesterreichische Sozialdemokraten fordern Bericht über die Verhandlungen mit Gömbös.

Wien, 11. Juli. Der Bundesrat verhandelte heute eine dringliche Anfrage der Sozialdemokraten, in der die Regierung gefragt wird, ob sie bereit sei, im Hauptausschuß des Nationalrates einen Bericht über die Verhandlungen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös zu erstatten. Hierauf begründete Bundesrat Dr. Schärfs (Sozialdemokrat) eine dringliche Anfrage, worin die Regierung gefragt wird, ob sie die freisowirtschaftlichen Verordnungen, die bis zum 30. Juni d. J. erlassen worden sind, aufheben wird. Die Verhandlungen wurden sodann bis zum 28. d. M. vertagt.

Die Aktionen der Hakenkreuzler gehen weiter.

Wien, 11. Juli. Trotz der massenweisen Verhaftungen und andauernden Polizeirazzien sehen die Nationalsozialisten ihre Sabotageaktionen fort. In den letzten drei Tagen demolierten sie in Wien einige Telephonprezellen, zerschlugen an einigen Stellen die Telephonleitungen, vollführten aber auch in der Provinz an Telephonleitungen und Eisenbahnsignalen Sabotageakte. Nach der letzten Münchener Rundfunkrede des aus Oesterreich ausgewiesenen Führers Dr. Hahndl werden mit erhöhtem Eifer Hakenkreuze und Hittler Schlagworte auf den Straßen, auf die Mauern und Zellen, auf Schloten und Dächern gemalt und angeklebt. In Oberösterreich wurden sogar Hakenkreuze in die Roggen- und Weizenfelder, die politischen Gegnern gehören, eingemäht, wodurch den Feldbesitzern großer Schaden verursacht wurde. Vielfach werden die beim Malen von der Gendarmerie erappten Nationalsozialisten damit bestraft, daß sie zuerst das Hakenkreuz löschen mußten, worauf sie in die ordentliche Haft überführt wurden.

Die letzten Masken fallen:

Hitler als oberster Schirmherr des Kapitals

Wer von der „zweiten Revolution“ auch nur redet, marschliert ins Konzentrationslager!

Schwerste Strafanrohungen gegen unbotmäßige Naziführer.

Berlin, 11. Juli. Der Reichsminister des Innern Dr. Frick hat an sämtliche Reichsstatthalter und sämtliche Landesregierungen — für Preußen an den Ministerpräsidenten und an den Minister des Innern — folgendes Rundschreiben gerichtet:

„In seinen letzten Ansprachen an die SA-Führer und an die Reichsstatthalter hat der Reichskanzler eindeutig festgestellt, daß die deutsche Revolution abgeschlossen ist.

Es haben neben der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei noch politische Parteien bestanden; sie haben sich selbst aufgelöst. Eine Neubildung ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist somit der alleinige Träger des Staates geworden. Alle Macht dieses Staates liegt in den Händen der von dem Reichskanzler allein geführten Reichsregierung, da alle entscheidenden Ämter mit zuverlässigen Nationalsozialisten besetzt sind.

Damit ist die siegreiche deutsche Revolution in das Stadium der Evolution, d. h. nunmehr der gefestigten Aufbauarbeit getreten.

Diese Aufgabe wird jedoch schwer gefährdet, wenn weiterhin noch von einer weiteren Durchsetzung der Revolution oder von einer zweiten Revolution gesprochen wird. Wer je so redet, muß sich darüber klar sein, daß er sich damit gegen den Führer selbst auflehnt

und dann entsprechend behandelt wird. Solche Handlungen stellen eine glatte Sabotage der deutschen Revolution dar. Jeder Versuch einer Sabotage der deutschen Revolution, wie sie namentlich in unbotmäßigen Eingriffen in die Wirtschaft und in der Nichtachtung von Anordnungen der Träger der staatlichen Autorität zu erblicken ist, muß daher auf Grund der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Feber 1933 mit den schärfsten Maßnahmen (mindestens Schutzhaft) gegen wen immer geahndet werden.

Gewalttätigkeiten dürfen von nun an nur von den Trägern der Staatsautorität und auf deren ausdrückliche Anordnung und unter ihrer alleinigen Verantwortung erfolgen. Aufgabe der Reichsstatthalter und der Landesregierungen, insbesondere der zuständigen Stellen des Innern ist es, wie der Reichskanzler am 6. Juli d. J. ausdrücklich betont hat, mit allen Mitteln zu verhindern, daß irgendwelche Organisationen oder Parteistellen sich künftig noch Regierungsbezugnisse anmaßen.

Ich bitte ferner dafür zu sorgen, daß aus diesen Gründen künftig auch von der bisher geübten Einsetzung von Kommissären und Beauftragten Abstand genommen wird, und zu prüfen, wie die zur Zeit noch bestehenden Kommissariate auf schnellstem Wege abgebaut oder, soweit unentbehrlich, in den ordentlichen Staatsapparat eingeeordnet werden können.“

Neue Judenverfolgung in Sicht?

Dem Londoner „Daily Herald“ wird berichtet, daß im Hiltereich neue Judenverfolgungen bevorstehen. Das erscheint gar nicht unwahrscheinlich, da man doch die wachsende Enttäuschung der Nazimassen wieder einmal ablenken muß, zu welchem Zwecke sich ja schon in der großen Zeit vor 700 Jahren die Juden in Deutschland als Objekt bestens bewährt haben. Als Einleitung beabsichtigen die Nazis, nach diesem Bericht, alle jüdischen Vereine und Einrichtungen, was auch immer ihr Zweck ist, zu verbieten. Hierdurch soll ein neuer Judenboykott hervorgerufen und nicht länger, wie bisher, still und gewaltlos, sondern echt aufbauwillig, mit Dreinschlagen, Rauben und Blündern, getätigt werden. Die Angst ist so groß, daß die Führer jüdischer, zumeist wohlthätiger Organisationen ihr Nachtquartier unausgesetzt wechseln. In Dortmund haben bereits am vergangenen Freitag frühmorgens SA-Stürme vor den jüdischen Geschäften gefahrlos-heimlich Posto gesetzt und Kaufleute gebindert, die Geschäfte zu betreten. Die Zivil-Polizei begann alsbald, Juden auf den Straßen zu beschimpfen und zu jagen. Drei Stunden dauerte die Panik. Die Polizei hütete sich pflichtbewußt und existenzbedacht, einzugreifen.

Ley droht mit neuen Schandtalern.

Berlin, 11. Juli. In der Tageszeitung der deutschen Arbeitsfront „Der Deutsche“ erklärt der Führer der deutschen Arbeitsfront Dr. Ley u. a.: Das neue Deutschland kann nicht nach dem Einzelnen fragen, wenn um das Schicksal der Nation gerungen wird. Am wenigsten fragen wir aber nach denen, die den Anbruch einer neuen Zeit zu verhindern trachten. Ich bin gewiß, mit einer eisernen Härte auch die letzten Widerstandsnester auszubrennen. Wir kennen die Helden, die die „bürgerlichen“ über die Christlichen zu den freien Gewerkschaften spannen. Wir kennen die Regisseure dieses Marionettentheaters. Ich möchte es hiemit diesen Herren zur Kenntnis bringen, daß ich gewiß bin, falls der geringste Versuch von Quertreibern bekannt werden sollte, dem Marionettentheater ein Ende zu bereiten.

18.000 Schutzhäftlinge amtlich zugegeben!

Berlin, 11. Juli. Gegenüber der Meldung einer ausländischen Telegraphenagentur, worin die Zahl der politischen Schutzhäftlinge in Deutschland mit 100.000 angegeben ist, stellt der Amtliche preussische Pressedienst fest, daß sich zur Zeit in ganz Deutschland 18.000 Personen in Schutzhaft befinden.

In Preußen beträgt die Zahl der Schutzhäftlinge nach den Feststellungen des geheimen Staatspolizeiamtes rund 12.000.

Herr von Bismarck kaltgestellt.

Berlin, 11. Juli. Wie das DZ-Büro meldet, hat der preussische Landtagsabgeordnete von Bismarck, der der deutschnationalen Front angehört, sein Landtagsmandat niedergelegt. Bismarck war zuletzt Staatssekretär im preussischen Innenministerium, bis er in den einflussreichen Ruhestand versetzt und durch den jetzigen Staatssekretär Grauert abgelöst wurde. Eine Begründung für die Mandatniederlegung hat von Bismarck nicht mitgeteilt. Sein Nachfolger im preussischen Landtag steht noch nicht fest.

Ein Galgen als Symbol der Arbeitslager.

Berlin, 11. Juli. Das erste Gemeinschaftslager für Referendare ist Montag bei Jüterbog (Bezirk Brandenburg) eröffnet worden. Etwas 50 Referendare aus allen Gegenden Preußens trafen im Lager ein. Vor der Parade, in der die Referendare wohnen werden, sieht man einen Galgen, an dem das Paragrafen-Zeichen in der Schlinge hängt; das Symbol des Gemeinschaftslagers. Unter dem Befehl von einigen SA-Führern wurde an die neuangekommenen Jünglinge Drillschlag verteilt. Nach der Bekanntgabe der Lagerordnung erhielten die Referendare ihre Betten, in den gemeinschaftlich zu bewohnenden Räumen zugewiesen. Sodann wurden die Stubenältesten bestimmt, die dem Lagerführer verantwortlich sind.

Die Konferenz — lebt sie noch?

Als die Weltwirtschaftskonferenz am 12. Juni in London zusammentrat, wurde sie überall mit Pessimismus begrüßt. Man sah kaum den Weg zum Erfolg dieser Konferenz. Der übliche, reichlich geschwollene Optimismus des Konferenzpräsidenten Macdonald überzeugte niemanden. Der einzige Trost mancher Leute war die Tatsache, daß so viele Konferenzen, die mit großer Hoffnung begrüßt worden waren, gescheitert sind, und daß deshalb vielleicht diese pessimistisch begrüßte Konferenz wider Erwarten Erfolg haben würde. In der Tat, ein reichlich magerer Trost.

Von Anbeginn an taumelte die Konferenz von Krise zu Krise. Die nichtsjagende Generaldebatte enthielt freilich die Gegenfrage noch nicht in aller Deutlichkeit. Sobald man aber vom Geschwätz zur Arbeit übergehen wollte, brach der Konflikt in aller Schärfe aus. Er entzündete sich von vorneherein an der Währungsfrage. Die Gruppe der Länder, die noch am Goldstandard festhalten (Frankreich, Holland, Italien, Schweiz, Belgien und Polen) forderte eine Stabilisierung des Dollars und des englischen Pfundes mindestens für die Dauer der Konferenz, damit dort in Ruhe und ohne Druck eine endgültige Regelung der Währungsfrage gesucht werden könne. England und die amerikanische Delegation gingen auch zunächst darauf ein, aber Roosevelt desavouierte seine eigene Delegation und schute ziemlich brüsk ab. Damit war die erste offene Krise da. Ohne Stabilisierung der entscheidenden Währungen erklärten die Goldländer eine Fortführung der Konferenz für überflüssig.

Mühselig suchte man nach einem Kompromiß. Roosevelts nächster Berater Unterstaatssekretär Volen fuhr eilends nach London. Unter seiner Mitwirkung wurde dann eine recht harmlose Kompromißformel entworfen, die zwar an der Ergebnislosigkeit der Konferenz nichts geändert hätte, aber wenigstens eine Verschärfung der Stimmung verhinderte hätte. Da kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel das neue „Nein“ Roosevelts. Noch dazu war dieses Nein von einer Erklärung begleitet, die in ihrer Grobheit in der internationalen Politik wohl ihresgleichen sucht. Roosevelt machte sich in dieser Erklärung offen über die Politik der Goldstandardländer lustig, er sprach u. a. vom „Ketischglauben jogenannter internationaler Bankiers“. Der amerikanische Staatssekretär Hull, der diese Erklärung verlesen mußte, fühlte sich in seiner Rolle höchst unbehaglich. Er hatte seinem Regierungschef eine ganz andere Erklärung vorgeschlagen und war nun schon zum zweiten Male desavouiert worden. Der amerikanische Außenminister ist damit in die Rolle eines Briefträgers herabgedrückt, seine Autorität ist durch die Ereignisse nicht gerade gewachsen und niemand wird in Zukunft noch viel auf Erklärungen des Herrn Hull geben. Es ist nur ein schwacher Trost für ihn, daß diesmal auch Moley, der das erste Mal ihn desavouieren half, mit unter den Desavouierten ist.

Die Handlungsweise Roosevelts darf nun nicht etwa aus Herrschsucht oder Unzuverlässigkeit erklärt werden. Der amerikanische Präsident steht in der Tat zwischen zwei Feuern. Seine Außenpolitik und seine Innenpolitik harmonieren nicht miteinander. Seine Innenpolitik ist auf Autarkie und — wenn auch kontrollierte — Inflation eingestellt, weil er auf diesem Wege die Wirtschaftskrise zu überwinden hofft. Seine Außenpolitik erstrebt internationale Zusammenarbeit und Zollabbau. Während Hull sich an die außenpolitischen Richtlinien hielt, hat Roosevelt unter innenpolitischen Gesichtspunkten den entgegengeleiteten Weg eingeschlagen. Daher der sprunghafte Charakter der amerikanischen Politik.

